

## Frage des Tages

### Hat der Kanton Baselland in den Verhandlungen mit den SBB versagt?

Der Kanton Baselland kann sich bei den SBB in Liestal nicht einmieten. Hat der Kanton versagt? [www.baz.ch](http://www.baz.ch)

Das Ergebnis der Frage von gestern:  
**Werden Sie an der Urne dem Kasernen-Umbau zustimmen?**



# Kantons-Deal mit SBB gescheitert

## Verwaltung wird sich doch nicht wie beabsichtigt im geplanten SBB-Neubau einmieten

Von Dina Sambar

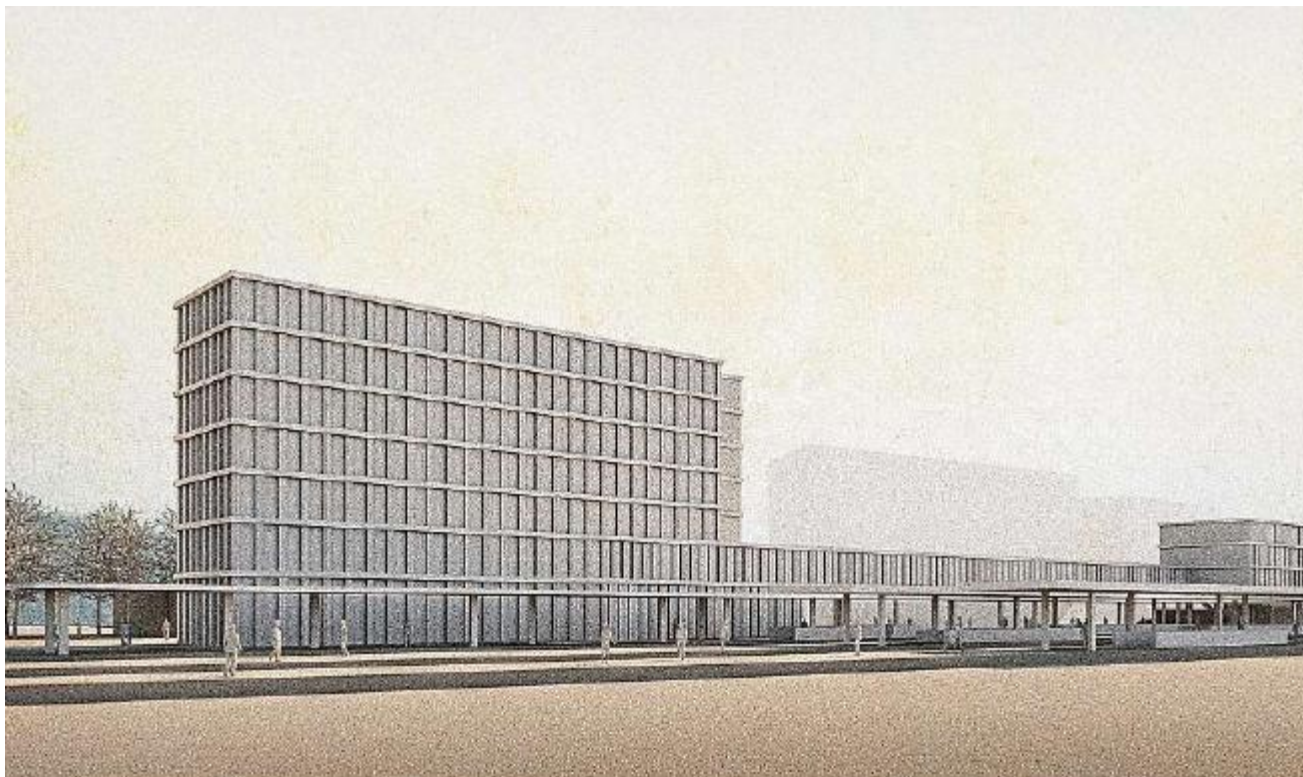
**Liestal.** Voller Enthusiasmus haben Baudirektorin Sabine Pegoraro und die SBB vor drei Jahren vereinbart, dass die kantonale Verwaltung Ankermieterin in einem der geplanten SBB-Neubauten am Bahnhof Liestal wird. Von einem Leuchtturmprojekt war die Rede, von einer Win-win-Win-Situation für die SBB, den Kanton und die Stadt Liestal. Die Unterzeichnung des Mietvertrages war für 2014 vorgesehen. Der Liestaler Stadtpräsident Lukas Ott sprach von einem «Befreiungsschlag» für Liestal. Denn mit dem geplanten Umzug von 540 Verwaltungsmitarbeitern in das SBB-Hochhaus hätten 20 in Liestal verstreute Verwaltungsstandorte aufgehoben werden können. So wären teilweise strategisch ideal gelegene Grundstücke für Liestals Weiterentwicklung frei geworden.

Doch aus den ganzen hochgejubelten Plänen wird nichts. Gestern teilte die Baselbieter Regierung mit, dass trotz intensiven Verhandlungen keine Einigung zwischen den SBB und dem Kanton für eine Einmietung der kantonalen Verwaltung erzielt werden konnte. «Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung am Dienstag dieser Woche beschlossen, die Verhandlungen mit den SBB nicht weiterzuführen», heisst es in einer Mitteilung. Die Regierung werde unter Einbezug der Stadt Liestal mögliche Alternativen für die Standorte eines Verwaltungsneubaus prüfen.

### Harsche Kritik am Kanton

Stadtpräsident Lukas Ott ist enttäuscht, dass die Einmietung nach jahrelanger Planung nun doch nicht zustande kommt: «Wir haben bis am Montag versucht, dem Kanton aufzuzeigen, wie wichtig es für Liestal wäre, die Verwaltung zu zentralisieren, damit beispielsweise das frei werdende Top-Bauland an der Rheinstrasse weiterentwickelt werden kann», sagt Ott.

Bereits 2007 entstand ein Projekt für einen Verwaltungsneubau auf dem Kreuzboden. Dieses wurde spätestens mit der Absichtserklärung, sich bei den SBB einzumieten, abgelöst. «Ich stelle fest, dass der Kanton keinen Plan B hatte. Das Ganze ist seit einem Jahrzehnt in der Schwebe und nun müssen wir wieder zurück auf Feld eins. So ziehen Jahre an uns vorbei, ohne, dass wir



**Siegerprojekt als Indiz fürs Scheitern.** Bereits beim Architekturwettbewerb wurde der Verwaltungsbau ausgespart.

uns weiterentwickeln können», sagt Ott frustriert. Hier fehle es an einer strategischen Handschrift und am Gesamtüberblick. Welche Standorte in Liestal der Kanton für einen Neubau ins Auge fasst, weiss Stadtpräsident Ott nicht.

Für die Grünen Baselland sei diese «verpatzte Chance am Bahnhof Liestal» eine weitere unentschuldbare Fehlleistung der Bau- und Umweltdirektion. «Im Interesse des Kantons muss dringend ein frischer, dynamischer Wind in die Bau- und Umweltschutzdirektion einziehen», heisst es in einer Mitteilung. Der Kanton will sich zu den Gründen des Scheiterns nicht äussern – über den Inhalt der Verhandlungen ist Stillschweigen vereinbart worden.

Im Raum stehen zwei Gründe: Einerseits monierten Gegner, dass eine Mietvariante den Kanton teurer zu stehen komme als ein eigener Neubau. Andererseits schrieb die *Basellandschaftliche Zeitung* vor drei Wochen, dass die Verhandlungen wackeln würden, weil den SBB bei der zögerlichen Haltung des Kantons langsam der Geduldssaden reisste.

Dass die Regierung gezaudert habe, sei ein Gerücht und entbehre jeder sach-

lichen Grundlage, sagt Regierungsrätin Sabine Pegoraro. Die Absichtserklärung sei ergebnisoffen formuliert gewesen. «Letztlich muss das Gesamtpaket für alle Seiten passen. Kann dies nicht erreicht werden, muss dennoch ein Entscheid getroffen werden, damit für alle Seiten Klarheit herrscht», erklärte Sabine Pegoraro.

Die Regierung könne im Übrigen nicht alleine über die Mietkonditionen entscheiden. «Ein allfälliger Mietvertrag muss auch vom Landrat genehmigt werden. Dort herrschte von Beginn an grosse Skepsis gegen das Projekt, weil man an der bevorzugten Lage am Bahnhof doch eher Private oder Unternehmen ansiedeln sollte, welche gute Steuerzahler sind», fuhr die Baudirektorin weiter.

### Bedauern bei den SBB

Die Regierung werde nun alternative Standorte in Liestal evaluieren. Das bereits ins Spiel gebrachte Biermann-Spital-Areal werde laut Pegoraro in diesem Rahmen ebenfalls abgeklärt. Die Baudirektorin beteuert, dass die Verbesserung der räumlichen Situation in Liestal nach wie vor ein zentrales

Anliegen sei. Wie der neue Zeithorizont für eine Zentralisierung aussieht, lasse sich laut Pegoraro noch nicht abschätzen. Sie rechnet aber gegenüber dem angepeilten Zeithorizont 2020 für einen möglichen Bezug eines Gebäudes am Bahnhof Liestal mit einer Verschiebung um etwa zwei Jahre.

Die SBB bedauerten, dass keine Einigung zustande kam: «Wir hätten den Kanton gerne als Mieter gewonnen», sagt SBB-Mediensprecher Reto Schärli auf Anfrage. Die SBB seien ebenso wie der Kanton und die Stadt weiter daran interessiert das Bahnhofsareal zu entwickeln: «Das Projekt wird fortgesetzt, auch ohne den Kanton als Mieter. Ob es Änderungen gibt, müssen wir nun schauen», erklärte Schärli.

Der Liestaler Bahnhof soll komplett neu gestaltet werden. Geplant sind ein neues Bahnhofgebäude, ein dazu gehörendes Dienstleistungsgebäude und der 57 Meter hohe Turm, in dem sich der Kanton hätte einmieten sollen. Ein erstes Indiz dafür, dass die Verhandlungen mit dem Kanton zäh waren, war wohl bereits, dass der Turm beim Architekturwettbewerb noch nicht berücksichtigt worden war.

# Islamisten-Radio in Liestal

## FDP fordert Aufklärung

Von Joël Hoffmann

**Liestal.** Der umtriebige FDP-Landrat Marc Schinzel, der bereits einen Vorstoss zu den Handschlagverweigerern eingereicht hat und gestern in der BaZ eine aktivere Rolle des Kantons forderte, wurde wiederum aktiv und reichte eine weitere Interpellation ein. Hintergrund sind Enthüllungen über die regionale Islamisten-Szene.

Gleich mehrere Medien haben sich in diesen Tagen intensiv mit der Islamisten-Szene in Basel auseinandergesetzt. Die «Rundschau» des *Schweizer Fernsehens* etwa und die BaZ berichteten am Mittwoch über einen jungen Iraker, der in Ausschaffungshaft sitzt und der mutmasslich für den IS im Irak gekämpft haben soll. Im Hintergrund agieren der lokale Vertreter der radikal-salafistischen Lies-Aktion in der Schweiz sowie der Vater der Handschlagverweigerer aus Therwil.

Die Spuren des Islamisten-Netzwerks führt auch nach Liestal. Dort wird das *Radio Dawa* betrieben. Das ist ein Internetradio, das extremistische Inhalte verbreitet. Gemäss «Rundschau» sollen sogar Videos aufgeschaltet worden sein, die mit dem Logo des IS versehen worden sind.

### Verbot der Lies-Aktion

Schinzel betont in seiner Interpellation, dass man die Handschlagverweigerer nicht als «pubertäre Störung» verhaltenslos solle, und bezeichnet die Region Basel – neben Genf und Winterthur – als «Hotspot radikal-islamistischer Aktivitäten». Insbesondere will er vom Baselbieter Regierungsrat wissen, ob dieser ebenfalls besorgt ist über die Tatsache, dass von Liestal aus extremistische Propaganda betrieben wird.

Ferner will Schinzel wissen, weshalb die Baselbieter Behörden bisher nicht eingeschritten sind, um die Verbreitung der Propagandavideos zu unterbinden. Zudem vermutet der Landrat, dass im Kanton weitere Salafisten agieren, doch unklar ist ihm, ob diese auf dem Radar der Behörden sind. Man merkt, dass er solche radikale fremder Staatszugehörigkeit gerne ausschaffen würde. So fragt er denn auch, wie viel nötig sei, bis dies geschehe. Zuletzt fordert der Freisinnige, dass die Regierung gesetzgeberisch aktiv wird und etwa die extremistische Lies-Organisation verbietet.

# Die Schwarzarbeit-Kontrolle erhält klare neue Regeln

## Der Landrat führt eine ausführliche Debatte zur alten und neuen Tätigkeit der Zentralen Arbeitsmarkt-Kontrolle

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Der Konflikt um die Zentrale Arbeitsmarkt-Kontrolle (ZAK) ist weitgehend beendet. Der Landrat war sich gestern in Liestal einig, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Kontrolltätigkeit mit klaren Vorgaben neu regeln sollen. Zwei Berichte zum Streit nahm der Rat ohne Gegenstimme zur Kenntnis. Allerdings enthielten sich mehrere Ratsmitglieder aus den Reihen der SP und der Grünen der Stimme. Kathrin Schweizer (SP) liess es sich nicht nehmen, nochmals die Verantwortungslage des Gremiums zu geisseln, das von den Gewerkschaft Unia und der Wirtschaftskammer gemeinsam getragen wurde. Kommissionspräsidentin Rahel Bänziger (Grüne) hielt fest, dass sie auf eine Schuldiskussion verzichten wolle, dass aber die festgestellten Mängel klar benannt werden müssten, damit sie künftig vermieden werden könnten.

### Keine Auslagerung an Drittfirma

Ob und wie viel die ZAK an Mitteln für ihre mangelhafte Kontrolltätigkeit zurückerstatten muss, wird die Justiz klären müssen. Gestern im Landrat ging es um die politische Bewältigung. «Was hier passiert ist, darf in Zukunft nicht mehr passieren», erklärte Regula Meschberger (SP). «Es braucht einen

rechtlich eindeutig formulierten Leistungsauftrag», sagte Sven Inäbnit (FDP). Die Fraktionen waren sich einig, dass künftig klar geregelt wird, wie die Kontrollen ablaufen und wann Kontrollen abgeschlossen sein müssen. Klar war auch, dass die von den Sozialpartnern getragenen Kontrollen nicht mehr an eine Drittfirma ausgelagert werden dürfen, wie dies schon das Rechtsgutachten der Regierung festgestellt hatte.

Die Konstruktion, dass die ZAK keine eigenen Mitarbeiter hatte und stattdessen auf Mitarbeiter einer Tochter der Wirtschaftskammer angewiesen war, wird demnach mit Bestimmtheit fallen gelassen. Der Rat war sich auch einig, dass es künftig Vorgaben geben müsse, die verhindern, dass wie 2014 nur gerade 39 Kontrollen durchgeführt werden und die gesprochenen Mittel statt in die Kontrolltätigkeit in die Administration fliessen.

In der Beurteilung der Vergangenheit waren sich Links und Rechts im Grundsatz einig. Die bürgerlichen Vertreter äusserten allerdings mehr Verständnis für die festgestellten Mängel. Insbesondere zeigten FDP und SVP für den auch von der ZAK entschuldigend angefügten Umstand Verständnis, dass die Leistungsvereinbarung zu spät abgeschlossen und rückwirkend in Kraft gesetzt wurde. Die ZAK habe praktisch aus dem Stand heraus neue Befug-

nisse wahrnehmen müssen, meinte Peter Brodbeck (SVP). Hanspeter Weibel (SVP) hielt der SP vor, die kritischen Fragen nicht direkt mit den Gewerkschaftsvertretern geklärt zu haben.

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor Thomas Weber erklärte, für die Neuorganisation der Kontrolltätigkeit ab Januar 2017 brauche es Klarheit in einem neuen Leistungsauftrag. Es sei wichtig, dass sich die Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf ein gemeinsames Vorgehen einigten. Die partnerschaftliche Kontrolltätigkeit werde in der ganzen Schweiz als vorbildlich betrachtet. Klare Abmachungen dienten dem Ziel «saubere Verhältnisse im Bauhaupt- und im Baunebengewerbe» herzustellen. Weber stellte sich ausdrücklich hinter die am Vortag bekannt gegebene Einigung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter auf eine Fortsetzung der Zusammenarbeit nach der Reorganisation.

### Einigung ist bereits erfolgt

Am Mittwoch hatten der Gewerkschaftsbund und die Unia, die Syna und die Wirtschaftskammer Baselland gemeinsam bekannt gegeben, dass sie sich über eine gemeinsame Weiterarbeit im Rahmen der Zentralen Paritätischen Kontrollstelle (ZPK) und der ZAK einig seien. Dies sei das Ergebnis von Gesprächen unter Beizug von Regierungsrat

Weber. Bis Ende Oktober würden die Vorstände personell so zusammengesetzt, dass man den neuen Auftrag erfüllen könne. Dies geschehe so, dass sich die Beanstandungen der Vergan-

genheit nicht wiederholten. Die Zusammenarbeit werde zudem unabhängig von den noch ausstehenden Untersuchungen der Staatsanwaltschaft fortgesetzt.

ANZEIGE



**Brolo Campofiorin Oro 2012**

Rosso Verona igt  
Masi Agricola – Veneto

Jugendlicher Charme des Valpolicella.  
Aromareiche Kraft alter Rebstöcke.  
Wärmende Eleganz des Amarone.  
Alles vereint – ein Terroir-Gedicht.

*Luca Jandella*

CHF **12.40** netto  
statt 15.50, 75 cl

Jetzt bestellen auf [bindella.ch](http://bindella.ch)  
Gültig bis 9.10.2016

*Bindella*  
la vita è bella

